

National-konservativer Gesinnungswandel der Studierenden? Gesellschaftlich-politische Orientierungen der Studierenden

(1) Wie rechts und/oder undemokratisch sind die Studierenden?

Rechtsextreme Gewalttaten, fremden- und ausländerfeindliche Ausschreitungen, nazistische Aufmärsche sind keine bizarren, zufälligen Auswüchse. Sie sind fester Bestandteil des politischen Alltags in dieser Republik geworden. Offenbar haben sie einen gesellschaftlichen und politischen Nährboden vorgefunden, in dem sie allzu gut gedeihen können. Die Hartnäckigkeit von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, ihr zunehmender Organisationsgrad und ihr steigendes Gewaltpotential sind eine unmittelbare Bedrohung für viele Menschen.

Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, jenen, die bedroht werden, eine besondere Solidarität zu zeigen, den Ausländern und Fremden, den Asylanten und Flüchtlingen. Es wird darüber hinaus zur Pflicht, sich mit der Ausbreitung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinanderzusetzen, theoretisch und praktisch, im Alltag, in der Politik und an den Hochschulen; nicht zuletzt gilt es, ihrer Verharmlosung entgegenzutreten. Es ist daher schließlich eine Notwendigkeit, Justiz und Polizei, auf dem rechten Auge wenn nicht blind, so doch immer noch allzu nachsichtig, zu entschiedenerem Eingreifen und klaren Urteilen zu drängen.

An den Gewalttaten, Ausschreitungen und Aufmärschen der Rechten sind die Studierenden aber offenbar nicht beteiligt, wenn ich die Bilder der Medien und die Berichte der Presse darüber zutreffend vergegenwärtige. Der Rechtsextremismus heute stellt sich dar als eine unheilige Allianz zwischen alten Nazis und latentem Rassismus auf der einen Seite, von gesellschaftlicher Verwahrlosung und neuer Jugendgewalt auf der anderen Seite. Die Studierenden scheinen davon weithin unberührt. Auch die deutsche Einheit hat sie nicht zu nationaler Schwärmerei verführt.

Ist es da überhaupt der Rede wert, über national-konservative Gesinnungen in der Studentenschaft zu sprechen, wie es der Titel meines Referates ankündigt? Sind es nicht derart Wenige, dass es kaum lohnt, ihnen besondere Aufmerksamkeit zu widmen? Sind sie im Grunde nicht harmlos und bleiben, zumindest an den Universitäten, ohne

Resonanz? Weshalb sich damit befassen und sich unnötige Sorgen machen?

Wegen der politischen Aggressivität und der menschlichen Bedrohung durch Rechtsextremismus und Nazismus, haben wir uns zu vergewissern, ob es wirklich nur wenige sind; denn bereits einige sind zu viele. Und der National-Konservatismus, als Gesinnung oder in seinen Teilen, ist Zuarbeiter und Vorbote für ausländerfeindliche Haltungen, nationalistische Aus- und Abgrenzungen und einer Zerstörung demokratischer Prinzipien. Daher sind dessen Ansätze und Anzeichen frühzeitig zu erkennen, um ihnen rechtzeitig entgegenwirken zu können.

Sicherlich ist die Gefährdung der Demokratie durch rechte Anti-Demokraten augenfälliger, weil sie sich direkt gegen deren Prinzipien und Institutionen wenden. Es besteht daneben jedoch eine zweite, eher schleichende, weniger auffällige Gefährdung: das ist die Gleichgültigkeit. Denn sie enthält ein Großteil Verantwortungslosigkeit. Befassen wir uns mit den gesellschaftlich-politischen Orientierungen der Studierenden, haben wir das Augenmerk nicht nur darauf zu lenken, wie groß das national-konservative, rechte und gewaltbereite Potential in der Studentenschaft ist. Wir haben auch zu klären, inwieweit sich politische Abstinenz, Resignation und Gleichgültigkeit unter den Studierenden verbreitet haben. Wie stark oder schwach sind die demokratischen Kräfte? Und welche Gegenwehr steht einer Ausbreitung national-konservativer Gesinnungen entgegen? Denn Nationalisten und Rechte erhalten ihr Gewicht zum Teil durch das Schweigen der anderen.

Meinen Ausführungen liegt eine empirische Erhebungsreihe zugrunde, in deren Rahmen seit 1983 alle zwei bis drei Jahre etwa zehntausend Studierende an Universitäten und Fachhochschulen befragt werden. Hauptaufgaben dieser Untersuchungen ist es, Erfahrungen und Urteile, Probleme und Forderungen der Studierenden zu erfassen und zu Gehör zu bringen. Das breite Themenspektrum umfaßt auch Fragen zu den politischen Orientierungen und gesellschaftlichen Vorstellungen der Studierenden. Bei der letzten, mittlerweile fünften Befragung im WS 1992/93 waren erst-

mals Hochschulen und Studierende aus den neuen Bundesländern einbezogen.

Die große Zahl der befragten Studierenden sichert nicht nur eine weitgehende Repräsentativität der Befunde, sondern erlaubt den Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Studierenden, zwischen Studenten und Studentinnen, den Angehörigen verschiedener Fächer und den Angehörigen verschiedener politischer Richtungen. Die Zeitreihe ermöglicht zudem, Trends und Veränderungen zu erkennen, bedenkliche Signale zu registrieren, aber auch unzutreffende Unterstellungen zurechtzurücken.

In den 70er Jahren hat es eine kontroverse Debatte gegeben zur Frage: Wie links und/oder demokratisch sind die Studenten? Es ist wohl selbst ein Zeichen des Wandels, daß wir uns heute diese Frage ganz anders stellen müssen: Wie rechts und/oder undemokratisch sind die Studierenden? Ich will versuchen, diese Frage zu beantworten.

(2) Politische Grundrichtungen und Zielvorstellungen

Politische Überzeugungen verschiedener Art sind wie Felder in der politischen Landschaft und fungieren als Wegweiser für die gesellschaftliche Entwicklung. Sie flottieren nicht beliebig, sondern bilden mehr oder weniger konsistente Bündelungen politischer Grundrichtungen. Sechs derartige Grundrichtungen lassen sich unterscheiden, die sich im Parteienspektrum wiederfinden und artikulieren: christlich-konservativ, sozialdemokratisch, liberal, grün-alternativ, marxistisch-kommunistisch und national-konservativ. Wir haben die Studierenden gefragt, inwieweit sie mit diesen Grundrichtungen übereinstimmen oder sie ablehnen.

Zunächst: Die Verortung dieser Grundrichtungen im Links-Rechts-Spektrum fällt in West wie Ost eindeutig aus. Weit auf der rechten Seite liegen die Nationalkonservativen - sie stehen, selbst im eigenen Verständnis, deutlich rechts von der Bevölkerung. Um die Mitte lokalisieren sich die christlich-konservativen, diese eher etwas rechts, und die Liberalen, diese eher etwas links. Im extremen Links-Bereich ordnen sich die Kommunisten-Marxisten ein; und als halb-links, recht nahe beieinander, verstehen sich die Anhänger der Grün-alternativen und der Sozialdemokraten.

Insgesamt stimmen Studierende in Ost und West am häufigsten mit grün-alternativen und sozialdemokratischen Grundpositionen überein, im Westen noch etwas häufiger. Liberale und christlich-

konservative Grundpositionen sind unter den Studierenden umstritten, wobei christlich-konservative Positionen von ihnen weniger geteilt werden.

Die Bevorzugung politischer Richtungen in der Studentenschaft schlägt sich durchweg in den Wahlabsichten der Studierenden nieder, wenngleich nicht völlig spiegelbildlich. Jedenfalls hätte gemäß den Wahlabsichten der Studierenden "rotgrün" eine komfortable Mehrheit: Denn 34 Prozent würden "Grüne/ Bündnis 90", 31 Prozent SPD wählen. Auf die CDU/CSU entfielen 21 Prozent und auf die FDP 7 Prozent der studentischen Stimmen. Die Republikaner blieben unter zwei Prozent - deutlich weniger als in der gleichaltrigen Bevölkerung mit sechs Prozent, gemäß Ergebnissen der sogenannten "Sonntagsfrage" des Instituts für Demoskopie in Allensbach, wenn sie nach Ausbildungsstand und Alter aufgeschlüsselt wird.

Sowohl die national-konservative als auch die kommunistisch-marxistische Richtung, beide werden von den Studierenden ganz überwiegend abgelehnt; unter den westdeutschen Studierenden fällt die Ablehnung entschiedener und fast einmütig aus.

Die national-konservative Richtung stößt bei 90 Prozent und mehr auf entschiedene Ablehnung und Abwehr. Ein Gewinn an Boden ist für die National-Konservativen im Laufe der letzten Jahre nicht festzustellen, vielmehr hat sich die Ablehnung bei den westdeutschen Studierenden zwischen 1983 und 1993 eher gefestigt. Der Kreis der durch simple rechts-konservative, nationalistische Parolen ansprechbaren Studierenden, ist im Westen sogar zwischen 1990 und 1993 zurückgegangen.

Auch andere Untersuchungen bestätigen, daß bisherige Versuche, die westdeutschen Studierenden für rechte Organisationen zu gewinnen oder für nationalistische Vorstellungen zu begeistern, bislang weitgehend fehlgeschlagen sind.

Nicht zuletzt wegen dieser Erfolglosigkeit hat sich die Strategie der Rechten im Hinblick auf die Universitäten und die Studierenden gewandelt. Statt einer direkten Einflußnahme geht die Absicht seit einiger Zeit dahin, durch Etablierung konservativer Themen im akademischen Gewande Terrain zu gewinnen, Verbindungen und Netze herzustellen und sich so an den Hochschulen und in studentischen Gruppen zu etablieren. Man kann das als die "Strategie des Kreide fressenden Wolfs im Schafspelz" bezeichnen; mit ihr ist sicherlich schwerer umzugehen, weil sie sich nicht so eindeutig zu erkennen gibt.

In den neuen Bundesländern stellt sich die Situation erheblich anders dar: an den Universitäten stimmen fünf Prozent, an den Fachhochschulen gar neun Prozent der national-konservativen Richtung zu. Weitere neun bzw. dreizehn Prozent äußern eine neutrale Haltung. Insofern ist das aktive Potential wie der Kreis mit möglicher Resonanz an den ostdeutschen Hochschulen weit größer: immerhin 14 Prozent an den Universitäten, an den Fachhochschulen sogar 22 Prozent. Dies sind Anteile, die nicht mehr als quantité, négligeable, als vernachlässigbare Größe, abgetan werden können.

Da in den neuen Bundesländern die traditionellen politischen Grundrichtungen der Bundesrepublik Deutschland wie christlich-konservativ, liberal und sozial-demokratisch weniger Akzeptanz erfahren, ergibt sich eine stärker durch die Extreme besetzte politische Meinungslandschaft an den Hochschulen im Osten, und zwar auf der rechten wie auf der linken Seite; eine durchaus gefährliche Aufspaltung der politischen Lager.

Im übrigen sind die Männer unter den Studierenden deutlich häufiger Vertreter national-konservativer Haltungen als Studentinnen, sowohl in West wie in Ost. National-Konservative sind häufiger in Verbindungen zu finden, was nicht weiter erstaunt, obwohl der Umkehrschluß nicht erlaubt ist, alle Verbindungsstudenten seien national-konservativ oder gar rechtsextrem.

Beachtenswert sind zudem die Unterschiede nach Fächern und Fakultäten: Die meisten National-Konservativen, Anhänger oder Aufgeschlossene, finden sich in den Wirtschaftswissenschaften, den Rechtswissenschaften und den Ingenieurwissenschaften. An den westdeutschen Universitäten bezeichnet sich dort jeder zehnte als Anhänger oder als aufgeschlossen-neutral, im Osten liegen die Anteile noch höher: mit 14 Prozent bei den Juristen und 17 Prozent in den Wirtschaftswissenschaften.

Der überproportionale Umfang, die gewisse Konzentration von National-Konservativen und Rechten in den drei Fächergruppen der Juristen, Ökonomen und Ingenieure ist ein Faktum, das von weiterreichendem Belang ist; und zwar aus zwei Gründen.

Erstens: Es sind ausgerechnet jene drei Fächer, aus denen sich in erster Linie der Nachwuchs für die gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtpositionen rekrutiert. Es ist bedenklich, wenn ein größerer Teil der späteren Inhaber der Spitzenpositionen in Staat und Wirtschaft national-konservativen und rechts-orientierten Vorstellungen

gen anhängt, sie vertritt oder toleriert. Ein konservatives Abstimmungskartell der zukünftigen Vertreter von Staat, Wirtschaft und Technik zeichnet sich ab, in dem national-konservative Töne in nicht unerheblichem Maße bestimmend sind.

Es erscheint mir zweitens besonders bedenklich, wenn in jenem Fach, das die späteren Richter und Anwälte stellt, das Eintreten für demokratische Grundprinzipien schwächer ausgeprägt ist, zum Teil nur formal-konventionell bleibt oder gar labil ist. Man gewinnt den Eindruck, daß viele Jurastudenten sich weniger dem Recht und der Gerechtigkeit verpflichtet fühlen, als eher der Aufrechterhaltung von Ordnung im rechten Sinne und ihrer Karriere dabei. Das mag etwas böse klingen, die politischen Haltungen nicht weniger Studierenden in diesem Fach mahnen jedoch zur Vorsicht, daß rechte Tendenzen in Justiz und Anwaltschaft sich halten oder gar vermehren. Es stünde dem Fach Jura gut an, sich mehr um die politische Bildung seiner Studierenden zu bemühen, und dies nicht den Burschenschaften, Konventen und ähnlichen Bünden zu überlassen, deren Paukböden kaum als Ausbildungsstätte demokratischer Haltungen geeignet sind.

Die Naturwissenschaftler und Mediziner sind da offenbar nüchterner, weniger anfällig für rechte Parolen und Positionen. Doch sie sind sehr stark in ihr Fachstudium eingebunden und darauf konzentriert; in politischen Debatten und Auseinandersetzungen geben sie sich zurückhaltender. Es ist nicht zu erwarten, daß sie gegen national-konservative, rechte Einflußversuche eine Gegenkraft darstellen; sie erscheinen aber zugleich auch nicht sonderlich verführbar.

Bleiben die Sozial- und Geisteswissenschaftler. Sie vertreten zwar immer noch am striktesten demokratische Prinzipien; sie sind weit häufiger Anhänger kritischer Positionen, sie lehnen vehement rechte und nationale Gesinnungen ab. Aber ihre politische Energie ist erlahmt, der Atem weiterreichender Ideen und Konzepte, früher häufiger sozialistischer oder alternativer Art, ist ihnen ausgegangen. Ihre einstige Dominanz in der politischen Arena der Hochschulen und die Prägung des Meinungsklimas durch sie ist auf alle Fälle dahin. Die Juristen und Ökonomen haben sie in ihrer politischen Energie fast überholt.

(3) Politische Richtungen und politische Ziele: verschiedene Profile

Aufschlußreich für das Verständnis der politischen Richtungen, die eher allgemeine, plakative

Etikettierungen sind, ist der Zusammenhang mit politischen Zielen, die konkreter erkennen lassen, was die jeweiligen Anhänger politisch wollen oder bekämpfen.

Zugleich wird dadurch erkennbar, bei welchen Themen und Problemen die Anhänger der verschiedenen politischen Richtungen nahe beieinander liegen (d.h. koalitionsfähig wären), und bei welchen sie ganz andere, zum Teil gegensätzliche Positionen vertreten, die in "politische Feindschaft" umgemünzt werden könnten. Die politischen Extreme auf der linken (Kommunisten-Marxisten) und rechten Seite (Nationalkonservative) zeigen bei den einzelnen politischen Zielen in der Regel eine besonders extreme Ablehnung oder Zustimmung.

Insgesamt belegen die Befunde: Eine einheitliche politische Bindung oder ein gemeinsam geteiltes Meinungsbild ist in der Studentenschaft nicht zu erkennen. Vielmehr herrschen in vielen Bereichen Differenzen vor bis hin zu politisch kontroversen Positionen und Lagern, die sich an den ostdeutschen Hochschulen in ihrer Gegensätzlichkeit noch deutlich extremer gegenüberstehen.

Das kann ich hier nicht im einzelnen darlegen, so aufschlußreich es wäre. Es mag genügen, die Frage zu beantworten: Was ist spezifisch für die national-konservative Grundrichtung? Auch unter den Studierenden ist die besondere Hervorhebung von zwei politischen Zielen dafür charakteristisch: Die Abwehr kultureller Überfremdung und die Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern. In starker Weise abgelehnt wird zudem die stärkere Unterstützung der Entwicklungsländer, begleitet von einem eher negativen Affekt gegenüber der europäischen Integration.

Bezeichnend scheint, daß die europäische Integration, im Unterschied zu den Vertretern aller anderen Grundrichtungen, die sie zumeist befürworten, bei den National-Konservativen und Kommunisten-Marxisten überwiegend auf Reserve und Ablehnung stößt. Mit ihren Vorbehalten gegen "Europa" stehen sich diese ansonsten durchweg weit auseinander liegenden Extreme recht nahe, wobei die Vorbehalte und Ablehnungen wohl aus ganz unterschiedlichen Gründen erfolgen: einerseits wegen Befürchtungen um Verluste an nationaler Identität und vor Überfremdung, andererseits wegen Sorgen um eine Vorherrschaft des Monopolkapitals und internationaler Wirtschaftskonzerne.

Im großen und ganzen ist die Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit, die Nähe oder Distanz der politischen Richtungen unter den west- wie ostdeut-

schen Studierenden ähnlich gelagert, wenn man die Zielpräferenzen in ihrer Hierarchie und ihrem Profil miteinander vergleicht. Besondere Aufmerksamkeit verdient das Verhältnis der Anhänger national-konservativer und christlich-konservativer Positionen. Sie weisen im Westen wie im Osten in einer Reihe von Themen Übereinstimmungen, zumindest eine gewisse Nähe auf. In entscheidenden Fragen besteht aber auch zwischen ihnen ein großer Dissens, der es nicht erlaubt, Nationalkonservative und Christlich-Konservative in einen Topf zu werfen.

Auch um den Vertretern christlich-konservativer Gesinnung gerecht zu werden, muß ich darauf hinweisen, daß gerade die fehlende Betonung des Nationalistischen sie eindeutig von den National-Konservativen trennt. Und im Hinblick auf Europa und Auslandsstudien sind sie soviel oder so wenig international und soviel oder so wenig europäisch wie die studentischen Anhänger sozialdemokratischer, liberaler oder grün-alternativer Provenienz. Die Abwehr kultureller Überfremdung ist ihnen kein wichtiges Ziel, da folgen sie den National-Konservativen keinesfalls, für die es eine hohe Priorität besitzt. Allerdings zeigt sich bei der Frage nach der Zuwanderung von Ausländern und ihrer Integration eine erhebliche Ambivalenz: Da befinden sie sich zwischen den eher linken, die sich gegen eine Begrenzung aussprechen, und den Rechten, die sie in starkem Maße befürworten.

In den beiden grundlegenden Prinzipien der Demokratie heben sich Christlich-Konservative von den National-Konservativen ebenfalls entscheidend ab: den Pakt des Gewaltverzichts haben sie ebenso unterschrieben wie sie für die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit eintreten - und zwar in gleichem Umfang und gleicher Einmütigkeit wie Studierende mit grün-alternativen, sozialdemokratischen oder liberalen Überzeugungen. Sie haben allerdings manche Probleme mit den kontroversen und unruhigen Elementen der freiheitlichen Demokratie. In der Präferenz für Ordnung, für Harmonie, für Einheitlichkeit geraten sie durchaus in eine problematische Nähe zu den National-Konservativen und Rechten - und befinden sich dabei dann sogar in größerer Distanz zu ihren liberalen, sozialdemokratischen und grün-alternativen Kommilitonen. Sie weisen aber, so strittig man manche Ihrer Haltungen sehen mag, alles in allem keine auffälligeren anti-demokratischen Tendenzen auf, wie sie bei den National-Konservativen häufiger anzutreffen sind.

Dieser Exkurs zur Nähe und Distanz zwischen christlich-konservativ und national-konservativ

gesinnten Studierenden verweist darauf, sich der Frage zuzuwenden, inwieweit spezifische Themen und Ziele der National-Konservativen bei anderen Studierenden Anklang gefunden haben, von ihnen mitgetragen werden. Überspitzt und salopp: Wir haben uns nicht nur zu fragen, ob unter den Studierenden möglicherweise wieder potentielle Träger von Braunhemden sind, sondern auch, inwieweit andersfarbige Hemden, seien es rote, grüne, schwarze oder gelbe, einige braune Flecken aufweisen.

Die extreme Linke der Studierenden, die Marxisten-Kommunisten, haben immer noch, das zeigen unsere Daten, Probleme mit dem Verzicht auf Gewalt als Mittel der Politik und Auseinandersetzung; sie sind ebenfalls allzu schnell bereit, Feindbilder aufzubauen und Haßparolen anzustimmen. In dieser Hinsicht sind sie vielen National-Konservativen ähnlich, so stark sie sich auch in ihren Ansichten von ihnen unterscheiden und sie bekämpfen.

Darüber hinaus ist zu konstatieren, daß die Abwehr nationaler Überfremdung für weit mehr Studierende ein Thema ist, als sich national-konservativer Gesinnung zuordnen. An den westdeutschen Universitäten sind es noch am wenigsten, immerhin aber auch 14 Prozent, die das mehr oder weniger unterstützen; an den westdeutschen Fachhochschulen sind es schon 19 Prozent, die sich für die Abwehr nationaler Überfremdung aussprechen.

Im Osten ist etwa einem Drittel der Studierenden (an Universitäten 31%, an den dortigen Fachhochschulen gar 35 Prozent) das Nationale derartig wichtig, daß sie meinen, für die Abwehr kultureller Überfremdung votieren zu müssen. Das ist durchaus einer jener Anknüpfungspunkte für die "kulturrevolutionäre" Strategie der neuen Rechten an den Hochschulen und in der Studentenschaft. Es kommt daher darauf an, die manchmal sicherlich nicht einfache Balance zwischen nationaler Identität und internationaler Integration, zwischen multikultureller Gesellschaft und Wahrung der eigenen kulturellen Traditionen (mit ihren Selbstverständlichkeiten und Vertrautheiten) immer wieder herzustellen und gegen einseitige Vereinfachungen zu verteidigen.

Eine Ausländer-Raus-Bewegung findet sich bei den Studierenden nicht, manifeste fremdenfeindliche Äußerungen sind sehr selten. Aber von einer besonderen Aufgeschlossenheit gegenüber Ausländern, von einer selbstverständlichen Gastfreundschaft gegenüber Fremden kann bei vielen Studierenden auch nicht die Rede sein. Immerhin

stimmen unter ihnen große Teile der politischen Position zu: "Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern": Insgesamt fast jeder zweite Studierende (44 Prozent). An den westdeutschen Universitäten zwar etwas weniger (36%), dafür an den ostdeutschen Hochschulen sogar die Mehrheit mit 59 Prozent bzw. 64 Prozent (an den dortigen Fachhochschulen). Ich erinnere daran, daß diese Parole: "Ausländer-Nicht-Rein!" spezifisch zum Arsenal und Vokabular der politisch Rechten und der National-Konservativen gehört - und vielleicht nur die feinere Variante zur Parole "Ausländer-Raus!" ist. Jedenfalls bestehen größere Affinitäten in der Studentenschaft zu derartigen Auffassungen. Es ist nicht Ausländerfeindlichkeit in erster Linie, es ist vielmehr ein Kranz aus einer Desensibilisierung für fremde Problemlagen, einer Entsolidarisierung mit sozial Schwächeren und einer Distanz und Ungastlichkeit gegenüber Fremden, die bei nicht wenigen Studierenden anzutreffen ist.

(4) Demokratische Prinzipien und politische Wirklichkeit

Wir haben uns die Frage nach den demokratischen Einstellungen der Studierenden, die ich schon angesprochen habe, genauer zu stellen, auch und gerade im Hinblick auf jene Studierenden mit national-konservativen Ansichten. Denn es ist von erheblicher Relevanz, ob die demokratischen Prinzipien akzeptiert oder abgelehnt werden.

Die beiden fundamentalen Prinzipien der freiheitlichen Demokratie sind die Meinungs- und Demonstrationenfreiheit einerseits, die Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung andererseits. Es sind dies die beiden untrennbaren Seiten der Medaille mit der Prägung "Demokratie". Beide Prinzipien finden unter den Studierenden in West wie Ost nahezu allgemeine Akzeptanz - ein wichtiger Konsens.

Unter den Jugendlichen in Deutschland ist die Gewaltakzeptanz und -bereitschaft insgesamt deutlich verbreiteter als unter den Studierenden. Jugendliche in Ost und West - so der Befund des Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts (von 1992) - akzeptieren zu einem Viertel die Gewalt als Mittel der Politik, unter den Studierenden nur etwa jeder zehnte.

Andere Prinzipien der Demokratie, die auf plurale Interessenvertretung, kontroverse Auseinandersetzungen oder eine oppositionelle Streitkultur abheben, werden von Studierenden nicht so umfassend

akzeptiert wie die beiden Grundprinzipien. Und die Unterschiede zwischen Studierenden in Ost- und Westdeutschland sind dabei erheblich. Im Westen bejahen nahezu zwei Drittel diese pluralen und kontroversen Elemente der Demokratie; im Osten dagegen nur etwa die Hälfte der Studierenden. Was aber wollen die anderen, die sie nicht teilen: Sehnen sie sich nach mehr Harmonie und weniger Freiheit, verlangen sie nach mehr Gemeinschaft (in der Nation oder im Sozialismus), wollen sie mehr Führerschaft, die eines starken Mannes oder die einer Partei? Das kann ich nicht beantworten, weil dazu Untersuchungen fehlen, darüber ließe sich nur spekulieren.

Festzustellen ist jedenfalls: Mit den pluralen und kritischen, auch kontroversen Elementen, wie sie für die westlichen Demokratien typisch sind, haben manche der Studierenden in den alten Bundesländern, haben recht viele Studierende in den neuen Bundesländern ihre Schwierigkeiten.

Zu registrieren ist darüber hinaus, daß unter den ostdeutschen Studierenden zumindest neun Prozent als "tendenzielle Antidemokraten" bezeichnet werden können, im Vergleich zu etwa drei Prozent unter den westdeutschen Studierenden. In diesem bemerkenswert hohen Anteil tendenzieller Anti-Demokraten in den neuen Bundesländern spiegelt sich die häufigere Anhängerschaft extremer politischer Positionen. Beides zusammen stellt eine durchaus brisante Mixtur im politischen Potential eines relevanten Teils der Studentenschaft in den neuen Bundesländern dar.

(5) Unterschiedliche Akzente im demokratischen Verständnis nach Fächergruppen

Die beiden Grundprinzipien demokratischer Gesellschaften, die Demonstrations- und Meinungsfreiheit sowie die Ablehnung von Gewalt als Mittel politischer Lösungen, werden in allen Fächergruppen an Universitäten und an Fachhochschulen in nahezu gleicher Weise unterstützt. Die Unterschiede sind in dieser Hinsicht gering, sowohl an den west- wie an den ostdeutschen Hochschulen. In diesen wichtigen Grundlagen herrscht ein fächerübergreifender Konsens, der nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf.

Die pluralen, oppositionellen und kontroversen Elemente der freiheitlichen Demokratie werden allerdings auffällig unterschiedlich in den Fächergruppen akzentuiert.

Innerhalb der Hochschulen lassen sich anhand der verschiedenen Konfigurationen der Stellungnahmen drei "Typen von studentischen Demokraten" erkennen, die in den einzelnen Fächergruppen

unterschiedlich dominieren (wobei die tendenziellen Anti-Demokraten in allen Fächern eine Minderheit bilden):

- die prinzipiell-vehementen Demokraten finden sich vor allem in den Sozialwissenschaften und im Sozialwesen sowie in den Geistes- und Sprachwissenschaften;
- die moderaten-unauffälligen Demokraten sind am häufigsten in den Naturwissenschaften und in der Medizin vertreten;
- die konventionell-formalen Demokraten sind häufig in den Rechtswissenschaften an Universitäten; sie sind besonders häufig in den Studiengängen der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen wie Universitäten.

Die sozialen Beziehungen zwischen diesen verschiedenen Gruppierungen von Demokraten sind durch manches untergründige Mißtrauen geprägt, das sich in Unterstellungen und Konfrontationen ausdrückt, obwohl die demokratischen Grundprinzipien weitgehend geteilt werden (es handelt sich ja nicht um tendenzielle Anti-Demokraten). Das kann dazu führen, daß die Ernsthaftigkeit der demokratischen Überzeugungen gegenseitig bestritten wird.

Es würde wenig Sinn machen, Kontroversen um und zwischen diesen "demokratische Typen" wieder aufleben zu lassen. Es gilt vielmehr anzuerkennen, daß alle diese drei Akzentuierungen und Profilierungen demokratischer Einstellungen, wie sie in den Fächergruppen vertreten sind, mit der demokratischen Verfassung vereinbar und im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft vorhanden sein können. Streit und Auseinandersetzungen zwischen diesen "demokratischen Typen" dürfen nicht die gemeinsam geteilten Grundprinzipien verdecken und sie dürfen nicht die Grenzlinie zu den "Anti-Demokraten" verwischen, auf die es im Grunde ankommt.

Jedoch bleiben auch spezifische Gefährdungen der jeweiligen Typen zu beachten:

- Beim konventionell-formalen Typus kann unkritische Loyalität zu formalem Legalismus und blinder Anpassung führen.
- Beim prinzipiell-vehementen Typus vermag Kritik und Idealismus dogmatisch zu erstarren und in rigorosem oder sektiererischen Haltungen und Aktionen enden.

Derartige Gefährdungen sind bei gewissen Teilen der Studierenden durchaus zu beobachten.

(6) Infragestellen der etablierten Parteien

Kritik und Ablehnung gegenüber der Praxis von Politik und Parteien ist unter den Studierenden im übrigen sehr weitreichend. Das drückt sich auch darin aus, daß sie sehr häufig die etablierten Parteien in Frage stellen. Im Westen können oder wollen drei Viertel der Studierenden mit den etablierten Parteien nichts mehr anfangen, die Hälfte sogar in vehementer Weise; im Osten teilen zwei Drittel diese Auffassung.

Die skeptische, kritische und überwiegend ablehnende Haltung eines Großteils der Studierenden gegenüber der parlamentarischen Volksvertretung, den etablierten Parteien und der politischen Praxis kann weder im Sinne einer "Ablehnung der Demokratie", (eher schon ihrer Verwirklichung) oder einfach als "Politikverdrossenheit" gedeutet werden (eher schon als Parteienverdrossenheit). Gegen die erste Interpretation spricht die weite Verbreitung "demokratischer Einstellungen" unter den Studierenden; gegen die zweite das nach wie vor hohe, wenngleich gegenüber früher gedämpfte Interesse an Politik und öffentlichem Leben. Im allgemeinen, das ist hervorzuheben, führt bei Studierenden Unzufriedenheit mit und Kritik an Zielrichtungen und Verfahrensweisen der Politik (auch ihre beruflichen Zukunftssorgen und selbst die Belastungen durch die Misere an den Hochschulen), nicht zu einer Aufgabe oder einem Abrücken von demokratischen Grundprinzipien. Sie haben in der Regel gelernt, beides zu trennen, eine wichtige Voraussetzung für den Bestand der Demokratie.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß bei einem Teil der Studierenden aufgrund des fehlenden Vertrauens und der tiefen Unzufriedenheit sich die Chancen der Resonanz und Akzeptanz extremer politischer Richtungen und tendenziell antidemokratischer Positionen erhöhen, Zusammenhänge, die vor allem (noch) bei Studierenden in den neuen Bundesländern auftreten.

(7) Demokratische Überzeugungen und politische Richtungen

Das demokratische Verständnis der Anhänger verschiedener politischer Richtungen ist andersartig bestimmt und konturiert. Hervorzuheben ist die unterschiedliche Einstellung zur Gewalt einerseits, zum Vorrecht der öffentlichen Ordnung andererseits.

Gewaltbereitschaft zur Lösung von Konflikten findet bei beiden extremen Grundpositionen eher Anhänger, und zwar bei den National-Konservati-

ven noch häufiger als unter den Kommunisten-Marxisten. Unter den Anhängern der anderen politischen Richtungen wird Gewalt ganz überwiegend und strikt abgelehnt, auch unter den Anhängern grün-alternativer Positionen. Von ihnen lehnen jeweils über 90 Prozent Gewalt als Mittel der Politik ab; dagegen sind es unter den Marxisten-Kommunisten nur 76 Prozent, und unter den Rechts-Konservativen sogar nur 72 Prozent.

Unter den Vertretern extremer Grundrichtungen ist ein erhöhtes Potential von Gewaltakzeptanz vorhanden. Diese Zusammenhänge zwischen höherer Gewaltbereitschaft bei den "linken" Extremen einerseits, noch stärker bei den "rechten" Extremen andererseits sind für die Jugendlichen insgesamt in Ost wie West ebenfalls erkennbar - sogar noch ausgeprägter.

Öffentliche Ordnung als Maßstab dafür, ob das Recht auf Streik und Demonstrationen eingeschränkt werden kann, trennt das Meinungsbild der Studierenden am stärksten. Auf der einen Seite stehen die Anhänger konservativer Positionen, seien sie christlich oder national bestimmt, die der öffentlichen Ordnung den Vorrang geben; auf der anderen Seite alle anderen politischen Richtungen, deren Anhänger auf dem Vorrecht von Streiks und Demonstrationen beharren. Die Einstellungen liegen soweit auseinander, daß sie einen stark kontroversen Charakter aufweisen.

Sicherlich mag mancher einwenden, eine national-konservative Haltung oder das Vertreten national-konservativer Positionen sei für sich noch nicht verwerflich, sondern erst, wenn es im undemokratischen Geiste auftritt und mit Gewaltbereitschaft verbunden ist. Wir haben uns folglich zu vergewissern, wie jene, die sich selbst als national-konservativ einordnen, mit den demokratischen Prinzipien umgehen - in Worten wie in Taten.

Zum ersten: Gerade mit den pluralen, offenen, freiheitlichen Elementen der Demokratie haben die National-Konservativen große Probleme. Sie werden von ihnen sogar mehrheitlich abgelehnt. Dies sind in der Tat gefährliche Signale antidemokratischer Tendenzen.

Besonders gravierend: Ein hoher Anteil von ihnen akzeptiert oder vertritt Gewalt als Mittel der Politik; an den westdeutschen Universitäten jeder fünfte von ihnen, an den ostdeutschen sogar jeder dritte. Allzu viele National-Konservative stehen demnach nicht zum Grundkonsens der Verfassung im Sinne der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sowie des Gewaltverzichts.

Unter den anderen politischen Gruppierungen in der Studentenschaft wird eine derartige Gewaltakzeptanz nur von zwei bis fünf Prozent geteilt, weit-weit weniger als bei den National-Konservativen. Es sind diese intoleranten, unfreihheitlichen, gewaltbereiten Elemente in den Haltungen vieler National-Konservativer, von denen eine Gefährdung für das demokratische Zusammenleben ausgeht, selbst wenn sie sich nicht in eigenen studentischen Gewaltaktionen oder Ausschreitungen äußern.

(8) Zum Wandel in der politischen Gesinnung der Studierenden

Die Einstellungen zu den demokratischen Prinzipien haben sich in der westdeutschen Studentenschaft in den letzten zwölf Jahren kaum verändert, ihre demokratische Grundhaltung hat sich eher gefestigt. Unverändert groß ist die Distanz zu den etablierten Parteien, die Kritik an der Politik und die Unzufriedenheit mit den Mitwirkungschancen geblieben, wie hat sogar tendenziell zugenommen. Eine Verbreiterung national-konservativer Gesinnungen in der Studentenschaft war von uns nicht zu registrieren, das will ich noch einmal betonen. Die Studierenden sind konventioneller und pragmatischer, weniger kritisch und reformorientiert geworden, in Teilen auch konservativer, aber eben nicht nationalistischer oder rechts-extremer. Das bestätigen auch andere Untersuchungen.

Auf dieser Grundlage und in diesem Rahmen haben sich aber einige Veränderungen eingestellt, die insgesamt einen Wandel im politischen Bewußtsein und Potential der Studierenden darstellen. Einige Züge dieses Wandels will ich kurz und skizzenhaft benennen:

- Der abrupte Verlust von Ideologiestücken und Zielen sozialistischer Provenienz; damit einhergehend eine Desensibilisierung gegenüber Themen der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität.
- Die Abnahme weitreichender System- und Herrschaftskritik; ein Verzicht darauf, die grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisse in Zweifel zu ziehen, gar die Machtfrage zu stellen.
- Das Abstandnehmen von alternativen Werten, noch Anfang der 80er Jahre stark in Mode wie: Ausstieg aus den beruflichen Zwängen der Leistungsgesellschaft, Vorrang der Selbstverwirklichung, Verzicht auf materiellen Wohlstand.

- Stattdessen: Betonung von wirtschaftlicher Stabilität und materieller Wohlfahrt; eine verstärkte Ausrichtung auf Sicherheit, Fortkommen und Eigeninteressen.
- Gesellschaftspolitisch finden konventionelle und konservative Ziele wieder vermehrt Unterstützung, wie Sicherung der Marktwirtschaft, Stärkung der Familie, Bekämpfung der Kriminalität.
- Ein Erlöschen der Begeisterung für soziale Bewegungen oder Reformideen; die Friedensbewegung war die letzte dieser Art, die noch größere Teile der Studierenden erfaßt hat.
- Neue Formen des Zusammenlebens und des Arbeitens, Zeichen von sozialer Innovationsfreudigkeit und Experimentierlust, werden kaum noch gesucht oder erprobt.
- Der Anspruch einer eigenständigen politischen Aufgabe der Studentenschaft, einer "studentischen Politik" ist endgültig verlorengegangen.

Den politischen Wandel in der Studentenschaft will ich zusätzlich an zwei Nuancen erläutern, die mir aufschlußreich für veränderte gesellschaftliche Sichtweisen und Wertungen erscheinen.

Erstens: Die westdeutschen Studierenden nehmen weit häufiger wahr, daß die sozialen Unterschiede groß sind, d.h. ein größeres Ausmaß an sozialer Ungleichheit ist ihnen bewußt. Dennoch halten sie diese (größere) Ungleichheit keineswegs häufiger für ungerecht. Sie sind gegenüber sozialer Ungleichheit unsensibler geworden. Das hängt auch damit zusammen, daß ihnen Konkurrenz zu einem Hauptwort, Solidarität nahezu zu einem Fremdwort geworden ist. Zugleich hat der Fatalismus gegenüber den sozialen Verhältnissen zugenommen, denn mehr Studierende halten es nicht für möglich, die sozialen Ungleichheiten abzuschaffen.

Zum zweiten: Wettbewerb und Technik, die für viele als Grundlage und Motor des gesellschaftlichen Fortschritts gelten, erfahren eine andere Bewertung, vor allem hinsichtlich des Wettbewerbs hat ein Meinungsumschwung stattgefunden. Noch 1983 vertrat eine Mehrheit die Meinung, der gegenseitige Wettbewerb zerstöre die Solidarität unter den Menschen (49%); dagegen teilte nicht einmal ein Drittel die Ansicht, ohne Wettbewerb würden sich die Menschen nicht anstrengen (30%). Heute erfährt der Wettbewerb eine ganz andere Beurteilung, die Verteilung der Urteile ist nahezu vertauscht: die negative Funktion (Zerstörung der Solidarität) sehen

weniger als ein Drittel (31%), die positive Funktion des Anreizes zur Anstrengung bekräftigen jetzt weit mehr (42%).

Die Veränderung im politischen Habitus der Studierenden beziehen sich nicht nur auf Orientierungen und Vorstellungen, auf Präferenzen und Sichtweisen, sie beziehen sich ebenfalls, und das ist gleichermaßen bedeutsam, auf die politischen Interessensfelder, die Aktivitäten und Verhaltensweisen. Das hat eine Verschiebung der politischen Energie und eine andersartige Präsenz auf der politischen Bühne an den Hochschulen zur Folge.

In der westdeutschen Studentenschaft hat in den 80er Jahren das Ausmaß der Gegensätzlichkeit und die Tiefe mancher Kluft zwischen den verschiedenen "politischen Lagern" nachgelassen. Zurückzuführen ist dies auf das Erlahmen linksalternativer Handlungspotentiale (vor allem unter den Sozialwissenschaftlern) mit dem Wegbrechen "sozialistischer Zielpräferenzen" ebenso wie dem Rückgang an "alternativen Wertüberzeugungen".

Der "Gesinnungswandel" im Westen bezieht sich demnach auf ein Verlorengelangen einstmalig dominanter Gesinnungen wie links-sozialistisch, kritisch-reformerisch oder idealistisch-alternativ. An ihre Stelle ist kein neues spezifisches Profil oder gar eine andere "Bewegung" getreten.

Insofern nimmt die westdeutsche Studentenschaft nunmehr insgesamt eine überwiegend realistisch-pragmatische, eher moderate und wenig kritisch-alternative politische Grundhaltung ein; es hat ein Anpassungsprozeß stattgefunden. Manche nennen dies, eher erleichtert, einen Prozeß der "Entideologisierung", andere konstatieren, eher besorgt, gleichsam ein "politisches Vakuum und Orientierungslosigkeit" bei den Studierenden.

Im Gegenzug zu dieser Entwicklung in der westdeutschen Studentenschaft ist nach der Vereinigung eine stärkere Dissonanz in den politischen Positionen zu den ostdeutschen Studierenden eingetreten (und innerhalb der ostdeutschen Studentenschaft selbst). Sie ist gekennzeichnet durch eine stärkere Vertretung extremer Flügel auf der rechten wie auf der linken Seite, sei es national-konservativer oder sozialistisch-kommunistischer Provenienz.

Diese größere Heterogenität im Zusammenhang mit einer stärkeren Präsenz extremer politischer Richtungen ist einerseits wohl dadurch begründet, daß nicht wenige Studierende aus der ehemaligen DDR mit der westlichen politischen Parteienlandschaft, ihren Traditionen und ihren Programmen,

noch weniger vertraut sind. Andererseits dürfte es auch daran liegen, daß sie mit dem westlichen Modell einer offenen, konkurrierenden und kontroversen Demokratie in Teilen noch gewisse Schwierigkeiten haben.

Diese Schwierigkeiten resultieren nicht zuletzt daraus, daß ihnen die dazugehörigen Grundwerte (wie Freiheit, Gleichheit, Mitbestimmung) und die Versprechungen damit verbundener Wohlfahrt (wie Stabilität, soziale Sicherheit, materieller Wohlstand) in ihren Teilgebiet Deutschlands oftmals noch viel zu wenig eingelöst sind.

(9) Bilanz und Folgerungen

Meine Ausführungen zum politischen Bewußtsein der Studierenden, oftmals nicht mehr als Schlaglichter zu ihren politisch-gesellschaftlichen Orientierungen, lassen sich in sechs zentralen Befunden bilanzieren:

(1) Die große Mehrheit der Studierenden steht der national-konservativen Gesinnung ablehnend gegenüber; Studierende favorisieren mehrheitlich grün-alternative und sozialdemokratische Positionen, vor allem im Westen; während an den ostdeutschen Hochschulen extreme linke und rechte Positionen häufiger anzutreffen sind.

(2) In ihrem Festhalten an demokratischen Grundprinzipien ist sich die studentische Mehrheit einig; das Beibehalten des Gewalttabus (als politisches Mittel) und das Eintreten für Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sind wichtige Gemeinsamkeiten der Studierenden. Die allermeisten wären, wie schon in den 70er Jahren, als "sattelfeste" und "stabile" Demokraten zu bezeichnen, nach wie vor.

(3) Dennoch gibt es Minderheiten, an den westdeutschen Universitäten klein, an den ostdeutschen Hochschulen beachtlich groß, die eine national-konservative Gesinnung und rechte Positionen vertreten und mit einer tendenziell antidemokratischen Haltung verbinden. Bei ihnen ist zudem die Akzeptanz von Gewalt viel weiter verbreitet - ein brisantes Konglomerat.

(4) Zudem werden einzelne politische Positionen ursprünglich national-konservativer Provenienz, wie Ausgrenzung und Abschiebung von Ausländern, oder die Abwehr kultureller Überfremdung, von nicht wenigen Studierenden geteilt, wiederum vor allem im Osten. Auch manche Antipathien gegen Aspekte der freiheitlichen Demokratie finden bei gewissen Teilen der Studentenschaft Resonanz.

(5) Es hat sich ohne Zweifel ein Mehr an Konventionalität in der Studentenschaft eingestellt; Utopien, schon gar sozialistischen Charakters, sind nicht mehr gefragt. Anpassung, Eigeninteressen und Durchkommen, das steht für sehr viele Studierende erst einmal im Vordergrund. Im Zuge sich verbreitender Abstinenz und Gleichgültigkeit hat sich die politische Energie im Links-Rechts-Spektrum und zwischen den Fächern verschoben.

(6) Ein national-konservativer Gesinnungswandel im Ganzen hat in der Studentenschaft jedoch nicht stattgefunden. Diese Ausgangsfrage läßt sich bislang, auch unter Hinzuziehung anderer Quellen und Untersuchungen, eindeutig verneinen. Immer noch weit weniger als die Bevölkerung oder altersgleiche Jugendliche folgen die Studierenden rechten oder extremen Rattenfängern und ihren falschen Melodien.

Dennoch läßt sich der Eindruck nicht von der Hand weisen, national-konservative Kräfte hätten in der Studentenschaft an Einfluß gewonnen, würden zumindest häufiger versuchen, Einfluß zu nehmen. Da ich diese Eindrücke auch gewonnen habe und für zutreffend halte, wenn ich etwa an das Auslegen von Flugblättern und Zeitschriften, Veranstaltungen und Auftritte beobachte, dann muß ich diesen gewissen Widerspruch zu unserem Befund, national-konservative Gesinnungen hätten sich in der Studentenschaft nicht ausgedehnt, auflösen. Ich meine, das ist möglich, wenn wir drei Prozesse beachten, die miteinander verschränkt sind und ineinander greifen. Ich will das in einer kurzen Argumentation verdeutlichen.

Erstens: Der Absturz von linken, reformerischen und alternativen Idealen und Überzeugungen in der Studentenschaft im Laufe der letzten zwölf Jahre hat dazu geführt, daß deren Anhänger abgetreten sind und die Bühne frei gegeben haben für andere.

Zweitens: Die Verschiebung der politischen Energie und Ansprüche in Richtung zu den Juristen und Ökonomen läßt diese vermehrt die Bühne betreten und die Meinungsführerschaft übernehmen, während sich die Kultur- und Sozialwissenschaftler in einer kollektiven Schweigespirale zurückgezogen haben, nicht mehr den dominierenden Widerpart darstellen oder die Gegenreden halten.

Drittens: Die Präsenz und Geltung nicht nur konventionell-konservativer, sondern auch häufiger national-konservativer und rechter Positionen bis hin zu manch problematischen Einstellungen gegenüber den demokratischen Prinzipien sind in den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften über-

proportional hoch. Sie haben daher die Chance, häufiger auf der Bühne vertreten zu sein und das Wort zu ergreifen.

Alles in allem: Die National-Konservativen und Rechten mit ihren anti-demokratischen Tendenzen, so wenige es an den Universitäten geblieben sind, sind gleichsam die Profiteure der Verschiebung in der politischen Energie und der Entideologisierung auf Seiten der Linken und Alternativen. Sie profitieren auch von der verbreiteten Gleichgültigkeit und Ideenlosigkeit eines Großteils des studentischen Publikums. Ihre nach wie vor zahlenmäßige wie geistige Spärlichkeit erhält dadurch ein erhöhtes Gewicht. Und dieses scheinbar höhere Gewicht im politischen Vakuum kann und wird als tatsächliche Beeinflussungschance gesehen und genutzt, gerade angesichts mancher politischen Unzufriedenheit und Unklarheit.

Das ist zumindest der Anfang jener Spirale, auf den die Rechten setzen, und die sie nun hoffen, in Gang setzen zu können; deshalb ihre verstärkten Bemühungen. Daß ihnen das abermals nicht gelingt, ihnen zumindest bei den Studierenden kein größerer Erfolg beschieden sei, dazu bedarf es weiterer Aufklärungen und Auseinandersetzungen.

Bei einer kürzlichen Präsentation unserer Befunde im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in Bonn, Förderer und Finanzier unserer Erhebungen, anläßlich also eines Fachgesprächs mit Vertretern und Vertreterinnen der Hochschulen, der Verbände, der Studierenden und des Ministeriums, haben wir auch über das Thema "Student und Politik im vereinten Deutschland" berichtet und diskutiert. Am Ende unseres dortigen Referates haben wir gefolgert, daß die Befunde Anlaß zu manchen Überlegungen abgeben, vorsichtig und gediegen formuliert. Drei davon will ich hier hervorheben:

- Wie können bedenkliche Signale extremer politischer Haltungen und anti-demokratischer Tendenzen in der Studentenschaft aufgegriffen werden? Und wie kann ihnen durch politische Bildungsarbeit an den Hochschulen und Schulen entgegengewirkt werden?
- Wie kann das hochschulpolitische Interesse und Engagement wieder befördert, die allzu große studentische Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit überwunden werden, damit die Studierenden in ihrem unmittelbaren Lebensfeld verstärkt demokratische Partizipation und den Gebrauch öffentlicher Tugenden wieder anwenden können und nicht verlernen.

- Wie können die Dissonanzen in den politischen Überzeugungen und gegenseitigen "Bildern" zwischen westdeutschen und ostdeutschen Studierenden behoben werden, wie ist ein Austausch der Erfahrungen und Ideen zu bewerkstelligen, der sich offenbar angesichts der gegenseitigen Vorbehalte nicht von alleine einstellt?

Selbstverständlich dürfen sich die angesprochenen und angeregten Überlegungen nicht auf Reden und Appelle, auf Seminare und Ansprachen allein beschränken - so wichtig diese sind. Es bedarf insbesondere der Veränderungen in der Sache und in den Situationen. Das heißt konkret:

- Den Studierenden sind an den Hochschulen mehr Einflußchancen einzuräumen, in den Fächern wie in den Gremien. Ihr Gestaltungswille muß Felder der Betätigung haben, um sich wieder zu entwickeln.
- Die Lebensverhältnisse der Ostdeutschen sind beschleunigt denen im Westen anzugleichen - nicht nur was die materielle Wohlfahrt betrifft, sondern auch die politischen Grundrechte, die ihnen vorenthalten oder nur widerwillig zugestanden werden, ein Zustand, der viele Jugendliche und manche Studierende in die Arme der Rechten treibt.
- Es darf nicht länger ein Mehr an Ungleichheit und Ausgrenzung betrieben oder produziert werden. Viele Jugendliche geben an Ausländer oder andere Minderheiten nur weiter, was sie selbst erfahren haben: gesellschaftliche Ausgrenzung.
- In den Bereichen der Bildung und Ausbildung, an Schulen und Hochschulen ist mehr zu investieren. Das betrifft nicht nur den Ausbau der Stellen und Kapazitäten, sondern ebenso die Förderung der Qualität im allgemeinen und der politischen Bildungsarbeit im speziellen.

Ich halte diese vier Forderungen nicht für irgendwie parteipolitisch begründet, dann blieben sie recht beliebig. Sie stellen vielmehr zwingende Voraussetzungen dar, soll dem Rechtsextremismus, der Gewaltbereitschaft, dem Wiederaufleben national-konservativer Gesinnungen mit ihren demokratiefeindlichen Tendenzen in größeren Teilen der Jugend und in manchen Teilen der Studentenschaft wirksam und auf Dauer begegnet werden.

(Referat an der Universität Konstanz am 26.5.1994)